



Für den Norden in Berlin



WAHLKREIS 1 DIREKT Nr. 1/2005

Wahlkreiszeitung Flensburg / Schleswig-Flensburg
von Dr. Wolfgang Wodarg, MdB

Liebe Genossinnen und Genossen,



nach unserem notwendigen Kurswechsel mit der Agenda 2010 wird es immer deutlicher, dass im harten Wind der Globalisierung nur dann das kostbare Gut der Solidarität nicht über Bord geht, wenn wir hart

am Wind bleiben und wenn wir alle fordern, die mithelfen können, um ein Kentern zu verhindern. Wäre die Opposition am Ruder, wäre schon sehr viel mehr über Bord gegangen, was für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft gerettet werden muss. Auch in den kommenden Monaten haben wir schwere See vor uns.

Die aktuellen Vorschläge zur Reform der Unternehmensbesteuerung sehe ich sehr kritisch. Wer die Gewinne hochschraubt und das auf dem Rücken der Arbeitnehmer, den sollte man nicht mit neuen Steuersenkungen noch belohnen. Diese Unternehmen sollten stattdessen durch internationale Regelungen an ihre gesamtgesellschaftliche Verantwortung erinnert werden. Ich freue mich deshalb über die klaren Worte zur Kerosinsteuer sowie über die Annäherungen bezüglich einer Steuer auf internationale Devisengeschäfte (Tobin-Steuer).

Als eines der wichtigsten Projekte der kommenden Monate im Wahlkreis sehe ich für mich persönlich die Aktivierung von Hilfen und

Unterstützung für einen sozial abgefederten Strukturwandel in der Region Kappeln. Die Schließung des Standortes Olpenitz war ein herber Schlag für alle, die für einen Erhalt der Marinebasis gekämpft haben. Nun müssen wir alle Kräfte mobilisieren, um einen erfolgreichen Strukturwandel aktiv zu begleiten und um der Region die hierfür notwendigen Fördermittel zu sichern.

Auf Bundesebene muss der Kampf gegen Neonazis weiter intensiviert werden. Der Aufmarsch der NPD in Berlin am 8. Mai muss verhindert werden. Wichtiger als eine Gegendemonstration am 8. Mai vor dem Brandenburger Tor ist jedoch die Beteiligung an den Parlamentswahlen auf Landes- und Bundesebene. Bitte sorgt dafür, dass möglichst alle von hrem Wahlrecht Gebrauch machen, damit wir den Neonazis keine Chance geben!

Euer Wolfgang Wodarg

Themen dieser Ausgabe:

- Editorial
- Landtagswahlkampf in der Region
- Hartz IV-Check im Kreis Schleswig-Flensburg
- Kahlschlag in Flensburg
- Zur Schließung des Standortes Olpenitz
- Enquete-Kommission stellt Bericht zu Patientenverfügungen vor
- Deutsche Post muss in der Fläche präsent sein
- Kritischer Europarat-Report von Wolfgang Wodarg zu GVO mit großer Mehrheit angenommen
- Über 840.000 Euro für die Universität Flensburg
- Impressum

Hartz IV-Check im Kreis Schleswig-Flensburg

Einen Monat nach in Kraft treten der Hartz IV Gesetze haben bereits über 6000 Arbeitssuchende mit ihren Sorgen und Anträgen die etwa 100 Mitarbeiter des Fachdienstes Integration im Kreis SL-FL in Anspruch genommen.

Der Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg sprach mit der Leiterin des Fachdienstes Frau Irmgard Barofsky und einer Runde von Mitarbeitern über erste Erfahrungen mit der Zusammenlegung von Aufgaben der ehemaligen Arbeitsämter und Sozialämter im Kreise. Frau Barofsky berichtete, dass zur Zeit noch die Teams des Fachdienstes sehr dezentral in den Ämtern und Gemeinden ihre oft schwierige Arbeit leisten.

Für ca. 200 Antragsteller steht je ein Team von drei Fallmanagern zur Verfügung, die alle Fragen der Arbeitssuchenden an einer Stelle gebündelt bearbeiten können.

Nur 100 Widersprüche habe es bisher gegeben, davon viele auch nur „vorsorglich / grundsätzlich“ und nicht wegen konkreter Mängel.

„Bisher sehen wir auch beim Wohngeld und bei der Regelung von Schulden und Hypotheken von Klienten keine großen Probleme. Durch Zuschüsse und Umschuldungen soll vermieden werden, dass Betroffene ihr Eigenheim wegen der Arbeitslosigkeit verkaufen müssen“, konnte Frau Barofsky dem Abgeordneten berichten.

In einigen Fällen, bei denen die Betroffenen bisher sehr hohe Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit erhalten hatten, treten jedoch erhebliche Härten auf, wenn diese auf das ALG II reduziert werden. „Hier müssen wir unbedingt noch einen Härteausgleich schaffen“, meint Dr. Wodarg.

Besonders erfreut war der Abgeordnete über die gut 150 Freiwilligen, die sich spontan für den Sozialdienst an Schulen und öffentlichen Einrichtungen gemeldet haben. „Integrationshilfe, Schularbeitshilfe, Schulwegbegleitung, Schulfrühstück und Hilfe bei der Pflege der Einrichtungen – das alles ist ein großartiger Beitrag für Kinder und

Jugendliche in unserem Kreis!“, sagt Dr. Wodarg.

Frau Barofsky berichtete, dass in Kürze zwei der geplanten sechs Sozialzentren, in Flensburg und Handewitt, ihre Arbeit aufnehmen können. Sie versicherte dem Abgeordneten, dass bereits jetzt durch Regionalkonferenzen dieser Stellen, sowie in Kappeln, Eggebek, Schleswig und Kropp die neuen Strukturen und ein kreiseinheitlicher Service sichergestellt würden.

Auch die Zusammenarbeit mit etwa 80 Trägern die unterschiedlichste Beschäftigungen und Ausbildungsgänge anbieten, funktioniert im Kreis ohne große Störungen durch die Umstellung auf Hartz IV.

Dr. Wodarg zeigte Lob und Bewunderung für die in kurzer Zeit geschaffenen Dienste und versprach, auch weiterhin bei der Umsetzung dieser großen Reform behilflich zu sein.

Kahlschlag in Flensburg

„Die geplanten Stellenkürzungen bei Danfoss in Flensburg würden unsere Region schwer belasten.“ Mit diesen Worten kommentierte Dr. Wolfgang Wodarg, MdB die geplante Halbierung der Belegschaft von Danfoss in Flensburg.

Gemeinsame Anstrengungen aller Beteiligten sind jetzt notwendig, um für möglichst viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Arbeitsplätze zu erhalten, betonte der Bundestagsabgeordnete.

Um in diesem schwierigen Prozess Schützenhilfe leisten zu können, hat Dr. Wodarg unverzüglich Kontakt mit dem Betriebsrat und den Gewerkschaften aufgenommen. „Ich werde mit den Betroffenen für jeden einzelnen Arbeitsplatz kämpfen“, kündigte Wodarg an.

Zur Schließung des Standortes Olpenitz

Seit Anfang November ist es offiziell: der Marine-Standort Olpenitz wird im Rahmen der Reform der Bundeswehr geschlossen. Dies ist ein herber Rückschlag für uns, die versucht

haben, mit guten Sachargumenten auf allen politischen Ebenen für den Standort zu werben. Bis heute bin ich der festen Überzeugung, dass alle Argumente für den Standort Olpenitz sprachen. Dennoch ist es nicht gelungen, die Marineführung hiervon zu überzeugen.

Am Morgen nach der Bekanntgabe der Standortentscheidung war ich als einziger Abgeordneter spontan und unangemeldet mit Bürgermeister Feodoria und weiteren Kappeler Kommunalpolitikern in Olpenitz und habe auf der Personalversammlung vor etwa 400 Kollegen meine Solidarität mit den besonders betroffenen Zivilbeschäftigten und gegenüber dem Personalrat bekräftigt. Ich werde den Personalrat unterstützen, wenn er sich dafür einsetzt, dass gerade für die vielen Beschäftigten, denen keine weiten Wege zumutbar sind, eine befriedigende Lösung gefunden wird.

Außerdem ist es jetzt wichtig, den Strukturwandel in der Region aktiv zu begleiten und alle Hebel in Bewegung zu setzen, um soziale Härten für die Betroffenen Beschäftigten zu vermeiden. Unsere Ministerpräsidentin Heide Simonis hat kurz nach Bekanntwerden der Schließungspläne Unterstützung von Seiten der Landesregierung zugesagt.

In den vergangenen Monaten haben die Menschen in der Region Kappeln mit großer Kreativität bewiesen, welche Kräfte sich mobilisieren lassen, wenn man ein gemeinsames Ziel verfolgt. Ich hoffe sehr, dass trotz dieses harten Rückschlages die Bürgerinnen und Bürger vor Ort die Energie finden, um diese Kreativität nun zu nutzen, um den Strukturwandel in der Region offensiv anzupacken. Die hierfür notwendige Schützenhilfe werde ich aus Berlin und vor Ort liefern.

Mehrfach habe ich mich hierzu bereits mit dem Betriebsrat getroffen. Bedauerlich ist allerdings der niedrige gewerkschaftliche Organisationsgrad der in Olpenitz Beschäftigten für die Aushandlung von Vereinbarungen mit der Bundeswehr. Hier könnte ein stärkerer gewerkschaftlicher Arm bei Verhandlungen mit der Bundeswehr sicherlich viel für die Beschäftigten erreichen. Ich habe dem Betriebsrat weitere Gespräche vor Ort angeboten und werde die dort vorgebrachten Anliegen im Interesse der Beschäftigten beim Bundesverteidigungsminister vorbringen.

Enquete-Kommission stellt Bericht zu Patientenverfügungen vor

In Ihrer Sondersitzung am 30. August 2004 hat die Enquete-Kommission „Ethik und Recht der modernen Medizin“ mit großer Mehrheit ihren Zwischenbericht zum Thema Patientenverfügungen verabschiedet.

Die Enquete-Kommission hat in ihrer Sondersitzung mit großer Mehrheit ihren Zwischenbericht zum Thema Patientenverfügungen verabschiedet. In den schwierigen ethischen und rechtlichen Fragen, die das Sterben in Würde angesichts der Möglichkeiten der modernen Medizin betreffen, sieht die Enquete-Kommission den Gesetzgeber in der Verantwortung eine Regelung zu treffen, die dem Selbstbestimmungsrecht von Patientinnen und Patienten am Lebensende ebenso Rechnung trägt wie der Tatsache, dass keine rechtliche Vorausbindung jemals das lebendige, dialogische Arzt-Patient-Verhältnis ersetzen kann, dessen Basis immer die Verantwortung des Arztes für das Wohl seines Patienten ist.

In einer Patientenverfügung werden oft auch Handlungen oder Unterlassungen beansprucht, die das Leben vorzeitig beenden, die also, wenn sie von Ärzten, Pflegepersonal oder anderen ausgeführt würden, den Straftatbestand der Tötung erfüllen könnten. Die Mehrheit der Kommission vertrat daher die Auffassung, dass die Reichweite einer solchen Vorausverfügung vorsichtiger und eingeschränkter beurteilt werden muss als ein direkt und persönlich von einem Patienten seinem Arzt mitgeteilter Wille.

In einer Situation, in der das Gesundheitssystem einem immer größeren Kostendruck ausgesetzt ist, wäre es geradezu unverantwortlich, die Reichweite von Patientenverfügungen uneingeschränkt auszuweiten. Daher empfiehlt der Bericht der Enquete-Kommission eine Begrenzung der Reichweite von Patientenverfügungen auf Fälle irreversibler und tödlich verlaufender Erkrankungen. Demenz- oder Wachkomapatienten fallen nicht darunter. Zudem fordert der Zwischenbericht ein Verbot, die Gewährung medizinischer und pflegerischer Leistungen an das Ausfüllen einer Patientenverfügung zu koppeln.

Die Empfehlungen der Enquete-Kommission beruhen dabei auf der Auffassung, dass der Sinn einer Patientenverfügung nur darin bestehen kann, dem natürlichen Sterben seinen Lauf zu lassen, nicht aber darin, durch das bewusste Unterlassen von Heilung oder Versorgung den Tod willentlich herbeiführen zu lassen. Gerade wer die Patientenverfügung als ein wichtiges Mittel der Selbstbestimmung ernst nimmt, der darf nicht zulassen, sie zum Türöffner für eine implizite Form aktiver Sterbehilfe oder assistierten Suizids gemacht wird. Wir wollen auch in Zukunft nicht erleben, dass Menschen, denen beispielsweise Demenz droht, dazu gedrängt werden, mittels einer Patientenverfügung für ihr kostengünstiges und "sozialverträgliches Ableben" zu sorgen.

Am 10. November 2004 haben zahlreiche Bürgerinnen und Bürger von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, mit mir sowie mit weiteren Vertretern der Enquete online über den Inhalt des Berichts zu diskutieren.



Deutsche Post muss in der Fläche präsent sein

„Die Deutsche Post muss auch weiterhin dezentral Postdienste anbieten.“ Mit diesen Worten kommentierte Dr. Wolfgang Wodarg, MdB die geplante Schließung von acht Partnerfilialen der Deutschen Post im Kreis Schleswig-Flensburg.

Die Deutsche Post wird zum 31. Juli 2005 ihre Partner-Filialen in Hürup, Jagel, Langballig, Oeversee, Treia, Sterup, Süderstapel sowie in Brodersby schließen.

Zukünftig sollen diese Orte über einen Mobilien Post-Service versorgt werden. Wodarg wies

jedoch darauf hin, dass die betroffenen Bürgerinnen und Bürger eine Eingabe an die „Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post“ übermitteln können um überprüfen zu lassen, ob die Deutsche Post AG ihrem Sicherstellungsauftrag auch weiterhin gerecht wird. Eine solche Eingabe würde er für die genannten Gemeinden gern unterstützen.

Kritischer Europarat-Report von Wolfgang Wodarg zu GVO mit großer Mehrheit angenommen

Die Parlamentarische Versammlung des Europarats hat am Mittwoch Abend den Report Gentechnisch Veränderte Organismen beraten, und eine Resolution mit großer Mehrheit verabschiedet. Das zuständige Committee für Umwelt, Landwirtschaft, Lokale und Regionale Angelegenheiten stand einstimmig hinter der Resolution, die sich am Prinzip der Vorsorge orientiert und die Einbindung des Themas in die Nachhaltigkeits-Diskussion fordert. Das mitberatende Committee für Kultur, Forschung und Erziehung hatte nicht weniger als 21 Änderungsanträge eingebracht, die den Sinn des Textes völlig verkehrt hätten. Von der Parlamentarischen Versammlung wurden diese Änderungsanträge alle zurückgewiesen.



Der für den Report verantwortliche Berichterstatter, der Flensburger Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg, ist froh über das deutliche Ergebnis: „In den

Ländern der EU gibt es seit mehr als 10 Jahren einen intensiven Diskurs zu gentechnisch veränderten Organismen. Die Bürger hier sind sehr gut informiert. Ganz anders sieht das in den insgesamt 21 Ländern Zentral- und Osteuropas aus, die keine Mitgliedstaaten der EU, aber Mitgliedstaaten des Europarates sind. Hier besteht zwar vielfach schon eine Gesetzgebung, die sich dem EU-Standard annähert, zuletzt ist in Russland ein entsprechendes Gesetz verabschiedet worden, aber die Behörden haben weder die technischen noch personellen Möglichkeiten, um die Einhaltung der Regeln zu überwachen. In der Bevölkerung herrscht Desinformation. Darum ist es so wichtig, dass der Europarat die parlamentarische Diskussion auch in diese Länder hineinträgt."

Der Report widmet der Situation in Osteuropa ein eigenes Teilkapitel, denn von Seiten der US-amerikanischen Agro-Biotechnologie wird die unübersichtliche Situation ausgenutzt, um auf den Feldern und Märkten Fakten zu schaffen, bevor eine kritische Öffentlichkeit sich formiert hat. Im Herbst 2000 bewilligte der Senat der USA die Bereitstellung von 30 Millionen US Dollar zur Förderung der eigenen Industrie in den Staaten Zentral- und Osteuropas. In welchem Ausmaß schon gentechnisch veränderte Lebensmittel, Futtermittel oder Saatgut auf den Märkten zirkulieren, ist weitgehend unbekannt. Die wenigsten Länder haben zertifizierte Labore wie Ungarn und Tschechien, die es ermöglichen GVO oder deren Bestandteile nachzuweisen. Regelmäßige Kontrollen werden auch hier nicht durchgeführt. Inoffiziellen Angaben zufolge enthielten zum Beispiel in Moskau 30% aller dort angebotenen Lebensmittel GVO. Der kommerzielle Anbau ist in Russland bislang nicht erlaubt.

„Zum gegenwärtigen Zeitpunkt wäre ein massenhafter Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in Europa durch nichts zu rechtfertigen“, sagt der Gesundheitspolitiker und Arzt Dr. Wolfgang Wodarg. Die Verbraucher in der EU lehnen gentechnisch veränderte Lebensmittel anhaltend mit großer Mehrheit ab. Viele Risikofragen sind nicht geklärt und die bestehenden Standards und Methoden für eine angemessene Sicherheitsforschung werden von einer wachsenden Zahl kritischer Wissenschaftler als unzureichend bezeichnet (Fütterungsstudien). „Wer sich hier eingehender informiert, stellt schnell fest, dass die von Industrie und Wissenschaft behauptete Sicherheit

gentechnisch veränderter Produkte in vielen Punkten auf Nichtwissen und einem unverständlichen Risikooptimismus beruht.“

Außerdem hat sich die auf der EU-Ebene angestoßenen Regelungen zur Koexistenz verschiedener Anbauformen (konventioneller Anbau mit und ohne Gentechnik und ökologischer Anbau) noch nicht in der Praxis bewährt. „Wer jetzt hektisch Ja zur grünen Gentechnik im größeren Maßstab sagt, sagt nein zu alternativen Formen der Landbewirtschaftung, die sich an strengen ökologischen Kriterien ausrichten, und einen Gegenentwurf zur bisherigen Form intensiver Landbewirtschaftung darstellen. Wir sollten uns da nichts vormachen“, betont Wodarg: „Der regionale Ökolandbau wird mit GVO-Feldern in der Nachbarschaft nicht überleben können. Es kann gut sein, dass Länder, die bei sich flächendeckend GVO-freie Zonen einrichten, wirtschaftlich bald besser dastehen als Länder, die das Problem laufen lassen.“

Statt überzogene Hoffnungen auf die Koexistenz zu setzen, sollte eine konsistente und strikt am Vorsorgeprinzip ausgerichtete Politik in den 46 Mitgliedstaaten des Europarates verfolgt werden, argumentiert der Report, der auch die Interessen der Entwicklungsländer ausführlich thematisiert. Im Bereich der Forschung ist Fortschritt nicht nur in eine Richtung denkbar. In der Praxis sind intelligente Ansätze, die konventionellen und biotechnologischen Methoden kombinieren, sehr erfolgreich und von solchen Lösungen können auch ärmere Länder profitieren. „Die USA haben mit ihrer GVO-Politik alles auf eine Karte gesetzt und verdrängen mit Biopatenten und expansivem Marketing in vielen Ländern die für die Bevölkerung überlebenswichtigen kleinräumigen Strukturen. Diese Politik kann sich bitter rächen“, warnt Wodarg.

Die Resolution nennt die folgenden Grundsätze, an denen eine zukunftsfähige Landwirtschaftspolitik und ernsthafte Verbraucherschutzpolitik auszurichten sind: Wahlfreiheit der Konsumenten und Produzenten; nachhaltige Agrarpolitik (Schutz alternativer Anbaumethoden); Vorsorge bei Umwelt- und Gesundheitsschutz und eine darauf abgestimmte Forschungsförderung; Partizipation und Versachlichung der wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion.

„Die kurzfristig wichtigste Forderung der vorliegenden Resolution ist die verbindliche

Kennzeichnung aller tierischen Produkte, wenn die Tiere gentechnisch veränderte Futtermittel gefressen haben. Für diese tierischen Produkte gibt es auch in der EU keine Kennzeichnungspflicht. Soll der Markt die Kontroverse um die Grüne Gentechnik entscheiden, dürfen die Marktteilnehmer nicht irreführt werden. Dass Risiko, dass eine eigentlich nicht gewollte Verbreitung von GVO über die Hintertür erfolgt, ist groß, wenn im Bereich der Futtermittel kein Marktsegment für GVO-freie Futtermittel bestehen bleibt. Blinde Marktteilnehmer können Verbraucherrechte nicht wirkungsvoll wahrnehmen," betont Wodarg.

Über 840.000 Euro für die Universität Flensburg

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung wird in der Zeit vom 1. Januar 2005 bis zum 31. Dezember 2007 die wissenschaftliche Begleitung des Programms „Schule – Wirtschaft – Arbeitsleben“ an der Universität Flensburg fördern.

Dies teilte der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg am Freitag am Rande einer Sitzung des Bundestages mit.

Insgesamt stellt das Bundesministerium einen Förderungsbetrag von 847.407 Euro über drei Jahre zur Verfügung.

Impressum

Dr. Wolfgang Wodarg, Abgeordneter für den Wahlkreis Schleswig-Flensburg (WK 1) im Deutschen Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Email: wolfgang.wodarg@bundestag.de
Homepage: <http://www.wodarg.de>
Tel.: 030-227-73371
Fax: 030-227-76333

Wahlkreisbüro Flensburg
Große Str. 69
24937 Flensburg
Email: wolfgang.wodarg@wk.bundestag.de
Tel.: 0461-97 888 20
Fax: 0461-97 888 65